



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber, Julia Post, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kostenfreie Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen des Freistaates

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Tabuisierung von Menstruation aufzubrechen und dafür Sorge zu tragen, dass in Bildungseinrichtungen, insbesondere auch Hochschulen, Jugendeinrichtungen sowie sozialen Einrichtungen des Freistaates Menstruationsartikel kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Dafür soll die Staatsregierung die entsprechende Finanzierung der Maßnahmen aus Landesmitteln anschließen.

Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, auf kommunaler Ebene mittels Empfehlungen darauf hinzuwirken, dass in kommunalen Bildungs-, Jugend- und Sozialeinrichtungen in Bayern kostenlose Menstruationsartikel zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Das Thema Menstruation ist vielerorts immer noch ein Tabuthema und gilt als schamhaft. Kostenlose und niedrigschwellig zugängliche Menstruationsartikel können ein erster Schritt aus der Tabuzone, hin zu einer offenen Gesprächskultur sein, da die Sichtbarkeit der Thematik gesteigert wird. Zudem sind kostenfrei verfügbare Menstruationsartikel eine willkommene Hilfe für Menstruierende.

Neben der körperlichen Belastung, welche die Menstruation für viele Betroffene darstellt, darf auch die finanzielle Belastung nicht außer Acht gelassen werden, welche der Erwerb von Menstruationsartikeln gerade für jüngere Frauen sowie Frauen mit niedrigem Einkommen und wohnungslose Frauen darstellt. Bei einer Befragung durch die Organisation Plan gaben 23 Prozent der Mädchen und Frauen an, die monatlichen Ausgaben für die Periode seien für sie eine finanzielle Belastung. Knapp die Hälfte der Befragten gab zudem an, sie würden sich besser mit Hygieneartikeln versorgen, wären diese günstiger. In der jüngsten Gruppe der 16- bis 24-Jährigen sagten das sogar 70 Prozent. Dies zeigt, dass das Thema Periodenarmut auch in Deutschland Realität ist, welche sich zu einem ernstzunehmenden Gesundheitsrisiko für die Betroffenen entwickeln kann, wenn Menstruationsartikel nur unzureichend oft gewechselt werden können.

Dem soll die Initiative der Staatsregierung entgegenwirken und zeitgleich dazu beitragen, dass das Thema Menstruation weiter aus der Tabuzone geholt wird.